



Die Corona-Pandemie hat die Unis – hier eine Innenansicht der Universität Innsbruck – verweisen lassen. Aber intellektueller Austausch braucht auch reale Präsenz und Nähe.

„Digitale Lehre ersetzt die Präsenz-Uni nicht“

Fotos: APA/Groder, Fröschl-Roßboth

Auch an den Universitäten sind seit Mitte März dank Coronavirus Lehre und Lernen auf Distanz angesagt. Fast der komplette Betrieb musste auf digitale Formen umgestellt werden. Zugleich stehen Forscherinnen und Forscher im Zentrum politischer Entscheidungsprozesse.

STANDARD: Wie bilanzieren Sie die rund zwei Corona-Monate nach dem überraschenden Wechsel zu digitalen Methoden?

Seidler: Am Anfang war das sehr abrupt und sicher auch ziemlich holprig, aber wir haben uns immer besser in diese Situation hineingefunden. Angesichts dessen, dass wir binnen dreier Tage das gesamte Hochschulsystem auf Distanzlehre umstellen mussten und schon zu Ostern einen Abdeckungsgrad von 80 Prozent hatten, kann man sagen, es ist zumindest quantitativ gelungen.

STANDARD: Was haben die Universitäten aus dem erzwungenen Auszug von Lehrenden und Studierenden lernen können?

Seidler: Wir sind immer noch beim Lernen. Wir haben einen Digitalisierungsschub erlangt – vielfach unter Zugzwang, aber trotzdem. Gerade im Bereich der Lehre hat sich gezeigt, was funktioniert und was nicht. Wir werden aus dieser Krise sicher viele Elemente mitnehmen, um den Lehralltag künftig abwechslungsreicher zu gestalten.

STANDARD: Was waren die größten Probleme? Die Schulen sind ja zum Teil an ganz basalen Dingen gescheitert: keine Endgeräte, kein WLAN, keine digitale Kompetenz.

Seidler: Das war ein Mix aus Soft- und Hardware. Auch an den Unis waren oder sind nicht alle Lehrenden und Studierenden flächendeckend mit der notwendigen Infrastruktur ausgestattet. Die größte Herausforderung, glaube ich, war aber das Umschalten auf eine vollkommen neue Art der Kommunikation mit den Studierenden.

STANDARD: In einer Umfrage im Auftrag des Bildungsministeriums durch das Public-Opinion-

Sabine Seidler, Präsidentin der Universitätenkonferenz und Rektorin der TU Wien, über Lehre und Forschung in Corona-Zeiten sowie digitale Methoden als Ergänzung und nicht als Ersatz für das, was Universität, Studium und intellektuellen Austausch ausmacht.

INTERVIEW: Lisa Nimmervoll

Strategies-Institut von Peter Hajek in der zweiten Aprilwoche beklagte die Hälfte der 517 befragten Studierenden mangelndes Feedback oder mangelnde Motivation durch die Lehrenden. Was ist da zu tun?

Seidler: Grundsätzlich glaube ich, dass wir das Ganze als Prozess sehen müssen. Es haben ja alle lernen müssen, auch die Lehrenden, und ich bin überzeugt, dass Umfragen zu verschiedenen Zeitpunkten dieses digitalen Lernprozesses auch zu unterschiedlichen Ergebnissen führen, weil die Lehrenden auch teilweise nachgezogen sind. Wir haben sicher auch große Fächerunterschiede. Es gibt Bereiche mit einer größeren Affinität zu digitalen Methoden und welche, die in ihrer grundsätzlichen Methodik davon weiter entfernt sind. Außerdem hat sich gezeigt: Nicht jede Didaktik, die im Präsenzbetrieb hervorragend funktioniert, klappt auch im digitalen Betrieb. Das heißt, die Lehrenden müssen auch lernen, mit diesen digitalen Medien umzugehen, und sich auch weiterbilden.

STANDARD: Sie sagten unlängst: „Digitale Lehre ist kein Sparmodell.“ Was heißt das?

Seidler: Man könnte ja diese Illusion haben: Wir haben jetzt mehr oder weniger erfolgreich die digitale Lehre umgesetzt, also brauchen wir keine Hörsäle mehr, keinen Präsenzunterricht, auch keine Büros, denn alle können ja von zu Hause aus lehren. Tatsächlich ist es so, dass intellektueller Austausch – zumindest sind wir im Moment noch so sozialisiert – nur über Videotools, wo drei Viertel der Information fehlen, weil man maximal das Gesicht, wenn überhaupt, aber nicht die ganze Körpersprache sieht, nur in bestimmten Grenzen möglich ist. Deswegen sehen wir die digitalen Formate als hervorragende Ergänzung, aber sie werden das Präsenzlernen nicht zu hundert Prozent ersetzen können. Außerdem braucht es dazu ganz andere Ressourcen im Hardwarebereich, aber auch bei der Umsetzung der Lehrveranstaltungen, weil diese Formate ja wesentlich stärker darauf abzielen, dass man sich im Selbststudium Wissen aneignet und dieses dann stark über den Diskurs überprüft und festigt. Das erfordert kleinere Gruppen von Studierenden. Es braucht also keinesfalls weniger Ressourcen. Vor allem aber gilt: Die digitale Lehre ersetzt die Präsenzuniversität nicht.

STANDARD: Ressourcen, vor allem finanzielle, werden nach der Corona-Krise, wann immer das sein wird, ein großes Thema werden. Denn für das Prinzip „Koste es, was es wolle“ muss ja irgendwann gezahlt werden. Wie schätzen Sie die Chancen der Unis im bevorstehenden finanziellen Verteilungskampf ein? Bis Ende Oktober muss das Universitätsbudget für 2022 bis 2024 festgelegt sein. Besteht nicht die Gefahr, dass die Unis zwi-



Wir haben einen Digitalisierungsschub erlangt – oft unter Zugzwang, aber trotzdem.

“

STANDARD: Ressourcen, vor allem finanzielle, werden nach der Corona-Krise, wann immer das sein wird, ein großes Thema werden. Denn für das Prinzip „Koste es, was es wolle“ muss ja irgendwann gezahlt werden. Wie schätzen Sie die Chancen der Unis im bevorstehenden finanziellen Verteilungskampf ein? Bis Ende Oktober muss das Universitätsbudget für 2022 bis 2024 festgelegt sein. Besteht nicht die Gefahr, dass die Unis zwi-

schon Arbeitsmarkterfordernissen und anderen Ausgaben unter die Räder kommen?

Seidler: Das wäre keine neue Erfahrung. Die Gefahr besteht immer. Ich bin trotzdem optimistisch, weil die Universitäten ja nicht nur als Bildungs-, sondern auch als Forschungsstätten eine wichtige Rolle spielen und uns gerade die letzten Monate gezeigt haben, wie wichtig Forschung ist. Ich hole meinen Optimismus ein klein wenig daraus, dass man verstanden hat, dass man den Forschungsbereich nicht schwächen darf, wenn man eine solche Pandemie bewältigen möchte.

STANDARD: Hat die Corona-Pandemie dem Wert von Wissenschaft bzw. der Autorität von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftern im öffentlichen Diskurs sowie in politischen Entscheidungsprozessen einen positiven Schub gegeben? Immerhin wurden Virologen, Epidemiologinnen, Modellrechner wie Niki Popper von Ihrer Uni, der TU Wien, zu den wichtigsten Krisenberatern der Politik.

Seidler: Ich glaube schon, dass die Wissenschaft genau in die Richtung evidenzbasierte Entscheidungsfindung an Bedeutung gewonnen hat. Es hat sich aber auch sehr deutlich gezeigt, dass man von der Wissenschaft keine einfachen Antworten erwarten kann, sondern dass der Diskurs zur Wissenschaft dazugehört. Aber es ist schon beeindruckend, wenn wir über Österreichs Grenzen hinausblicken, dass es eigentlich keine Spitzenpolitiker weltweit gibt, die nicht mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftern an ihrer Seite auftreten, um zu erklären, warum bestimmte Maßnahmen getroffen werden oder nicht, unabhängig davon, ob man ihnen zustimmt oder nicht. Alle sehen jetzt, wie wichtig Forschung ist.

SABINE SEIDLER (58) wurde 1996 von der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg als erste Professorin für nichtmetallische Werkstoffe an die TU Wien berufen. Seit Oktober 2011 ist sie dort Rektorin sowie seit Jahresbeginn 2020 Präsidentin der Universitätenkonferenz (Uniko).

Detaillierte Einsatzgebiete für die Miliz stehen fest

Rund 40 Prozent von 2300 Einberufenen stellten allerdings erfolgreich einen Antrag auf Befreiung

Nina Weissensteiner

Vor einer Woche sind im Zuge der Corona-Krise 1400 Milizionäre eingerückt, im Verteidigungsressort liegen zur ersten Teilmobilmachung der Miliz in der Zweiten Republik nun die detaillierten Einsatzpläne vor: Konkret betreffen diese dreizehn Kompanien mit jeweils gut 170 Soldaten, die die Exekutive und die Gesundheitsbehörden bei diversen Aufgaben unterstützen.

Die nun wieder Uniformierten versehen etwa bei der Überwachung der Staatsgrenze im Osten und im Süden Dienst, leisten der Polizei aber auch bei Kontrollen an den Übergängen Assistenz. Dort – wie bisher schon für Berufssoldaten und Grundwehrdiener – ebenfalls auf ihrer Agenda, und zwar im Auftrag des Gesundheitsministeriums: Kontrollen des Zu-

stands der Ein- und Ausreisenden wie etwa Fiebermessen. In Wien bewacht die Miliz zur Entlastung der Polizei auch Botschaften.

Konkret sind in Niederösterreich drei Kompanien im Einsatz (zur Assistenz des Innenressorts bei Grenzübertrittsstellen), im Burgenland und in der Steiermark jeweils zwei (zur Grenzüberwachung bzw. im BGL auch zum Schutz kritischer Infrastruktur), die restlichen Bundesländer kommen jeweils mit einer Kompanie aus. Der Assistenzeinsatz zur Grenzüberwachung geht freilich schon auf das Flüchtlingsjahr 2015 unter der damals rot-schwarzen Regierung zurück.

Von den ursprünglich einberufenen 2300 Milizionären sind jetzt doch nur rund 60 Prozent im Einsatz, denn: Die restlichen 40 Prozent stellten einen Antrag auf Befreiung vom Dienst im Zuge der

Pandemie – wobei den meisten Anträgen bei den vorgeschriebenen Einzelfallprüfungen auch stattgegeben wurde. Dieser auf den ersten Blick hohe Anteil sei wenig überraschend, erklärt Oberst Michael Bauer, denn auch bei den bisherigen Freiwilligenübungen, die in der Regel nur etwa zehn Tage andauern, kam es stets zu einem Ausfall von Einberufenen in der Höhe von etwa 30 Prozent – und

der Einsatz rund um Covid-19 sehe nun immerhin drei Monate vor.

Formal können Milizionäre drei Gründe bei ihrem Antrag auf Befreiung geltend machen: wirtschaftliche (weil der Betroffene etwa in der Firma unabkömmlich ist), persönliche (hier werden erschwerende familiäre Umstände akzeptiert) oder sogenannte „Gründe von Amts wegen“. Letzteres betrifft etwa Personen, die in der kri-

tischen Infrastruktur tätig sind, wie Ärzte in einschlägigen Abteilungen von Krankenhäusern. Schlagend wurde am häufigsten freilich Ersteres. „Wir haben versucht, ein gesundes Gleichgewicht zwischen den militärischen Notwendigkeiten und wirtschaftlichen Zwängen zu finden“, erklärt dazu Verteidigungsministerin Klaudia Tanner (ÖVP).

Summa summarum hat die Miliz jene Grundwehrdiener abgelöst, deren Dienst im März quasi über Nacht verlängert wurde. Sie wiederum wird Ende Juli von jenen Rekruten abgelöst, die gerade ihre Grundausbildung absolvieren. Bis auf weiteres bleiben freilich auch Berufssoldaten bei den Einsätzen im Inland tätig – „für den Fall, dass eine zweite Welle kommt“, so Bauer. Was ein erneutes Einberufen der Miliz betrifft, gebe es aber „keine Planung“.



Foto: APA/Erwin Scherhau

Milizsoldat an der Grenze bei Bad Radkersburg beim Fiebermessen. Viele Einberufene machten jedoch ihre Unabkömmlichkeit beim Arbeitgeber geltend.